

Neuer Vorstoß gegen Suez-Anlage

Nach Geruchsbelästigung: Politiker und Bürger fordern Gutachten. Klage gegen Erweiterung läuft. Beauftragte Kanzlei vertrat BUND in Sachen Hambacher Forst

Von Lars-Oliver Christoph

Der BUND wird zum heutigen Mittwoch am Oberverwaltungsgericht Münster die Klage gegen die Erweiterung der Verbrennungsanlage von Suez an der Südstraße einreichen. Mit einer Entscheidung sei aber wohl erst 2020 zu rechnen, heißt es. Einen aktuellen Vorstoß gegen die umstrittene Anlage gibt es jedoch auf politischer Ebene.

Der Rat soll tätig werden

Die Grünen, die Linke und Piraten-Alternative Liste fordern nach den von Bürgern und Unternehmen im Suez-Umfeld gemeldeten erheblichen Geruchsbelästigungen im Sommer die Erstellung eines neutralen Geruchsgutachtens. Einen entsprechenden Antrag stellen die drei Fraktionen für die nächste Sitzung des Umweltausschusses am Mittwoch, 21. November.

Der Umweltausschuss soll den Rat auffordern, bei der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg um eine entsprechende Untersuchung zu bitten. Die Geruchsbelästigungen seien seit Jahren ein Problem, doch trotz vieler Ansagen und Zusagen hätten diese Gerüche nicht

unterbunden werden können, erklären die Fraktionen. „Im Sommer 2018 haben die Intensität und die Häufigkeit der wahrnehmbaren Gerüche enorm zugenommen“, heißt es.

Ursache waren nach Angaben der Bezirksregierung belastete Böden, die über eine Strecke von rund 1000 Kilometern aus Italien nach Herne transportiert worden waren. Doch selbst nachdem die Annahme und Behandlung gestoppt worden sei, seien weiterhin Gerüche gemeldet worden, berichten die Fraktionen, der BUND und die Bürgerinitiative Dicke Luft (BI). Deshalb müsse die Bezirksregierung die Gründe für die Geruchsemissionen dringend aufklären: „Die Lebensqualität in Herne wird durch Gerüche und Schadstoffe stark beeinträchtigt.“ Das Gutachten solle reale Geruchsimmissionen ermitteln; bisher lägen nur Geruchsprognosen vor.

Wie berichtet, hatte die Bezirksregierung aufgrund der Geruchsbelästigungen den Transport von Böden aus Italien nach Herne gestoppt. Bis heute sei nicht bekannt,



In der Suez-Anlage werden belastete Böden thermisch behandelt. FOTO: RB

was die Lkw geladen hatten, berichtet BI-Sprecher Gerhard Kalus. Die Bezirksregierung habe ihnen nur den Abfallschlüssel der Ladungen genannt, nicht aber die konkrete Zusammensetzung und Herkunft.

Kanzlei verhinderte Rodung

Kalus sowie Ingrid Reckmeier vom Herner BUND-Vorstand hoffen, dass die anderen Ratsparteien und insbesondere die großen Fraktionen von SPD und CDU dem Antrag von Grünen, Linkspartei und Piraten-AL zustimmen. Schließlich hätten diese sich ja mehrfach

Zu Gast in der Frankfurter Kanzlei von Dirk Teßmer (2.v.li.). Von rechts: Ingrid Reckmeier (BUND), Klaudia Scholz, Pascal Krüger und Gerhard Kalus (alle BI). FOTO: BI



Das Oberverwaltungsgericht Münster verhandelt die Klage. FOTO: DPA

gegen die Suez-Erweiterung und auch grundsätzlich gegen den Suez-Standort ausgesprochen, so Reckmeier und Kalus.

Zurück zur Klage gegen die Genehmigung der Suez-Erweiterung durch die Bezirksregierung: Der BUND NRW wird in dieser Angelegenheit vom Frankfurter Anwalt Dirk Teßmer vertreten. Vielleicht ein gutes Omen, denn: Teßmers Kanzlei hatte für den BUND den Stopp der Rodung im Hambacher Wald durchgesetzt – am Oberverwaltungsgericht Münster.

BUND und BI bitten weiter um Spenden

■ **Rund 15.000 Euro** kostet dem BUND beziehungsweise der Bürgerinitiative Dicke Luft die Klage gegen die Suez-Erweiterung.

■ **Diese Summe** werde man aufbringen können, sagt Ingrid Reckmeier (BUND). Auf Empfehlung des Anwalts sammeln sie allerdings weiterhin Spenden, um mögliche zusätzliche Fachgutachten im Verfahren finanzieren zu können.

■ **Infos** über Spenden auf www.bund-herne.de oder www.dickeluft-herne.de

